



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Harnisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Nachtragshaushaltsplan 2016;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf für den Nachtragshaushalt 2016 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 04 04 Tit. 422 01 wird der Ansatz für das Jahr 2016 um 1.647,5 Tsd. Euro von 474.031,3 Tsd. Euro auf 475.678,8 Tsd. Euro erhöht, um 25 neue Planstellen der BesGr R 1 für Richter und Staatsanwälte zu schaffen.

Die Deckung erfolgt aus einer Absenkung von Kap. 13 03 Tit. 893 06.

Begründung:

Mit den Änderungen im Entwurf zum Nachtragshaushalt 2016 entsteht im Einzelplan 04 ein Überschuss i.H.v. 1.630 Tsd. Euro (Mehreinnahmen i.H.v. 8.900 Tsd. Euro und Mehrausgaben in Höhe von 7.270 Tsd. Euro). Angesichts der Personalknappheit im Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften sind diese Einsparungen gegenüber dem Doppelhaushalt für die Schaffung von 25 neuen Planstellen für Richter und Staatsanwälte zu verwenden. So entstehen lediglich Mehrkosten i.H.v. 17,5 Tsd. Euro.

Nach der amtlichen Personalberechnung fehlten zum 31. März 2015 bereits über 390 Richter und Staatsanwälte. Der bayerische Richterverein hat sich vor kurzem mit dem Hilferuf „Land unter! Schleuserwelle überrollt Staatsanwaltschaften und Gerichte“ an die Öffentlichkeit gewandt. Darin wird die Staatsregierung zu Recht dazu aufgefordert, das notwendige Personal zur wirksamen Bekämpfung der Schleuserkriminalität bereitzustellen. Derzeit befinden sich vor allem in den grenznahen bayerischen Haftanstalten hunderte mutmaßliche Schleuser in Untersuchungshaft. Die gewaltige Verfahrensflut ist mit den vorhandenen Personalressourcen nicht mehr zu stemmen, zumal gerade in Haftsachen stets der besondere Beschleunigungsgrundsatz beachtet werden muss. Die Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte benötigen dringend personelle Unterstützung.